

A 1 – 1678/2003 - 3
Richtlinien für die Zuerkennung
von Verwendungszulagen -
Abänderung

Graz,
Wres

Öffentlich!

Berichterstatter:

.....

**B e r i c h t
a n d e n G e m e i n d e r a t**

Gemäß § 74 b Abs. 1 der Dienst- und Gehaltsordnung (DO) gebührt dem Beamten eine ruhegenussfähige Verwendungszulage, wenn er dauernd

1. in erheblichem Ausmaß Dienste verrichtet, die einer höheren Verwendungsgruppe zuzuordnen sind,
2. einen Dienst verrichtet, der regelmäßig nur von Beamten einer höheren Dienstklasse erwartet werden kann, oder
3. ein besonderes Maß an Verantwortung für die Führung der Geschäfte zu tragen hat und diese Verantwortung über dem Ausmaß an Verantwortung liegt, das Beamte in gleicher dienst- und besoldungsrechtlicher Stellung tragen.

Leistet der Beamte die im Abs. 1 erwähnten Dienste nicht dauernd, aber mindestens während eines Zeitraums von 30 Tagen, so gebührt ihm hiefür gemäß § 74 b Abs. 5 DO eine nicht ruhegenussfähige Verwendungsabgeltung.

Zu den Bestimmungen des § 74 b hat der Gemeinderat am 18.11.1976 Richtlinien für die Zuerkennung von Verwendungszulagen beschlossen, die zuletzt mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.6.2005 novelliert wurden.

Die Verwendungszulagen/-abgeltungen gem. Z. 2 und Z. 3 sind in einem Hundertsatz des Gehaltes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V zu bemessen.

Im Rahmen des Projektes Aufgabenkritik (siehe A 1 – 1787/2003 – 4) wurde unter anderem der Beschluss gefasst, die mit dem Gehaltsabschluss für 2005 verbundene Erhöhung der Verwendungszulagen/-abgeltungen auszusetzen. Dies gilt auch für etwaige Erhöhungen in den Jahren 2006 und 2007.

Der Gemeinderat wird in seiner Sitzung am 12.12.2005 (Novellierung der Dienst- und Gehaltsordnung) die Gehälter der BeamtInnen mit 1.Jänner 2006 (vorschussweise) um 2,7 % erhöhen; außerdem wird ab 1.1.2006 das (auf 17,5 % gekürzte) Weihnachtsgeld gemäß § 67 der Dienst- und Gehaltsordnung sowie der (ebenfalls gekürzte) Mindestsatz (jeweils durch 14 geteilt) in die Gehälter der Schemata I, II, III, und IV (ausgenommen Entl. gr. r) eingerechnet.

Um der Vereinbarung zwischen dem Dienstgeber und der Personalvertretung Rechnung zu tragen, müsste – wie bereits anlässlich der Erhöhung der Gehälter zum 1.8.2005 erfolgt - zum 1.1.2006 der in den Richtlinien des Gemeinderates vom 18.11.1976 betreffend die Zuerkennung von Verwendungszulagen für die Bemessung von Verwendungszulagen gemäß § 74 b Abs. 1 Z. 2 DO (zuletzt mit GRB. vom 16.6.2005) mit dem Wert 32,26 festgelegte Prozentsatz nunmehr um den Faktor 0,96168 (V/2 1.8.2005 = 2273,4 zu V/2 1.1.2006 einschl. Weihnachtsgeld, val. 2,7% = 2.364,00) verringert und somit auf 31,02 % herabgesetzt werden.

Die Verringerung der übrigen, nicht in den zit. Richtlinien festgelegten Hundertsätze, in denen Verwendungszulagen/-abgeltungen zuerkannt werden, wird dem Stadtsenat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Durch diese Maßnahmen ist gewährleistet, dass die Anhebung des Gehaltsansatzes der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V auf Grund der Gehaltserhöhung 2006 und der Einbeziehung des Weihnachtsgeldes für die Bemessung der Verwendungszulagen/-abgeltungen gemäß § 74 b Abs 1 Z. 2 und Abs. 5 keine Berücksichtigung findet.

Der Zentralausschuss der Bediensteten der Stadt Graz hat dem vorliegenden Bericht seine Zustimmung erteilt.

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte stellt sohin den

Antrag,

der Gemeinderat wolle gemäß § 74 b der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957 idgF beschließen:

Die Richtlinien des Gemeinderates vom 18.11.1976 betreffend die Zuerkennung von Verwendungszulagen, zuletzt geändert durch GRB. vom 16.6.2005, werden wie folgt abgeändert:

Artikel I

In Ziffer 2. wird der Wert „32,26 %“ durch den Wert „ 31,02 %“ ersetzt.

Artikel II

Artikel I tritt mit 1.1.2006 in Kraft

Die Sachbearbeiterin:

Wresounig eh.

Der Abteilungsvorstand:

Dr. Kalcher eh.

Der Stadtsenatsreferent:

(Bürgermeister)

Angenommen in der Sitzung des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte am.....

Der Vorsitzende:

Der Antrag wurde in der heutigen öffentl. nicht öffentl. **Gemeinderatssitzung**

bei Anwesenheit von ... GemeinderätInnen

einstimmig mehrheitlich (mit ... Stimmen / ... Gegenstimmen) **angenommen.**

Beschlussdetails
siehe Beiblatt Graz, am Der/Die SchriftführerIn: